

Förderung lokaler Dienstleistungen für Roma-Rückkehrer

Resultate der Mappierung lokaler Ressourcen und Dienstleistungen und Maßnahmen zu ihrer Verbesserung

Novi Sad, 2014

Diese Veröffentlichung ist Teil des Projektes „Förderung lokaler Dienstleistungen für Roma-Rückkehrer“, das von der Kanzlei für Menschen- und Minderheitenrechte der Regierung der Republik Serbien finanziert wird.

Für den Inhalt der Veröffentlichung haftet ausschließlich die Ökumenische Hilfsorganisation und sie spiegelt in keinerlei Art und Weise die Standpunkte der Kanzlei für Menschen- und Minderheitenrechte wider.

Copyright © 2014
Ökumenische Hilfsorganisation

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Veröffentlichung kann in jeglicher Form ohne die Genehmigung der Ökumenischen Hilfsorganisation vervielfältigt werden.

Einleitung

Das Handbuch, das Sie vor sich haben, ist Teil des Projektes „Förderung lokaler Dienstleistungen für Roma-Rückkehrer“, das von der Ökumenischen Hilfsorganisation aus Novi Sad mit der Unterstützung der Kanzlei für Menschen- und Minderheitenrechte der Regierung der Republik Serbien verwirklicht wird.

Die Zielgruppen dieses Projekts waren Vertreter von 45 kommunalen Selbstverwaltungen auf dem Gebiet der Vojvodina und Rückkehrer aufgrund des Readmissionsabkommens (mit besonderem Schwerpunkt auf Roma-Männern und Roma-Frauen als besonders empfindlicher Gruppe im Rahmen der Rückkehrerbevolkerung).

Das Projekt hatte drei spezifische Ziele:

1. die lokalen Ressourcen und Dienstleistungen, die den Rückkehrern aufgrund des Readmissionsabkommens in 45 Gemeinden in der Vojvodina zur Verfügung stehen, zu mappieren;
2. Maßnahmen zur Förderung der bestehenden lokalen Ressourcen und Dienstleistungen zu empfehlen und zu veröffentlichen;
3. die Stellung der Rückkehrer aufgrund des Readmissionsabkommens auf lokaler Ebene durch ihre Aufklärung, Beratung und Einholung von Dokumenten zu verbessern.

Das Projektteam war bemüht, diese Ziele durch die Durchführung zahlreicher Aktivitäten in einem Zeitraum von vier Monaten, solange die Realisierung dieses Projektes dauert, zu verwirklichen:

- Mappierung der lokalen Ressourcen und Dienstleistungen (im Januar 2014),
- Organisation von vier runden Tischen (im Laufe der Monate Februar und März),
- Veröffentlichung der Resultate und Empfehlungen,
- Erteilung rechtlicher Beratung und Informationen und Einholung von Dokumenten für Rückkehrer (im Verlauf der gesamten Projektimplementierung).

Eine kontinuierliche Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit allen Projektteilnehmern wird auch nach Beendigung des Projektes fortgesetzt werden. Da die Ökumenische Hilfsorganisation mehrere Projekte realisiert, die für Rückkehrer aufgrund des Readmissionsabkommens vorgesehen sind, stellt die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den kommunalen Selbstverwaltungen und Zivilorganisationen eine Grundlage für die Verwirklichung zahlreicher Aktivitäten dar. Unsere Organisation beabsichtigt, die Resultate dieses Projektes zum Ziele der Entwicklung neuer Projekte zu nutzen, die sich mit den spezifischen Bedürfnissen bezüglich der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Rückkehrer befassen werden. Das Projekt „Förderung lokaler Dienstleistungen für Roma-Rückkehrer“ stellt eine gute Grundlage dar, auf der die restlichen Zivilorganisationen, aber auch staatlichen Institutionen gemeinsam an der Implementierung lokaler Politiken zur (Re)integration der Rückkehrer arbeiten können.

Letztlich möchte ich mich im Namen der Ökumenischen Hilfsorganisation bei der Kanzlei für Menschen- und Minderheitenrechte bedanken, die unser Projekt unterstützt und seine Realisierung ermöglicht hat. Wir bedanken uns auch bei allen Flüchtlings- und Migrationsbeauftragten, die sich die Zeit genommen und unsere Fragebögen ausgefüllt haben, die uns bei

der Mappierung der lokalen Ressourcen und Dienstleistungen von Nutzen waren. Unsere Dankbarkeit geht auch an die Vertreter der Institutionen und Zivilorganisationen, die an den runden Tischen teilgenommen haben und durch einen konstruktiven Dialog die Probleme identifiziert haben, mit denen die Rückkehrer konfrontiert sind und Maßnahmen vorgeschlagen haben, die bei der Überwindung dieser Probleme hilfreich sein können.

Damir Krkobabić
Projektkoordinator

Mappierung der Ressourcen und Dienstleistungen

Im Verlauf des Monats Januar hat das Projektteam einen Fragebogen erstellt, der an die Adresse aller 45 Flüchtlings- und Migrationsbeauftragten auf dem Gebiet der Vojvodina versandt wurde. Für die Beauftragten haben wir uns entschlossen, weil die Strategie der Reintegration der Rückkehrer aufgrund des Readmissionsabkommens das Flüchtlings- und Migrationskommissariat als bedeutendstes Gremium für die Verwirklichung der festgesetzten strategischen Ziele ansieht, während die kommunalen Selbstverwaltungen den Ort der (Re)integration der Rückkehrer darstellen.

Die Resultate dieser Mappierung sind nicht als repräsentative Daten anzusehen, aufgrund derer endgültige Schlussfolgerungen über die lokalen Ressourcen und Dienstleistungen gezogen werden können. Diese Mappierung repräsentiert einen Einblick in das Rückkehrerproblem vom Standpunkt der Beauftragten aus, die einen bedeutenden, aber auch nur einen der Akteure auf lokaler Ebene darstellen. Es stellte die Grundlage für spätere Gespräche darüber dar, wie die den Rückkehrern angebotenen Dienstleistungen verbessert werden können. Die Verbesserung der Dienstleistungen ist von ausschlaggebender Bedeutung bei der Vorbeugung neuer Armut und erneuter, sekundärer Migrationen.

Resultate der Mappierung

Von 45 Flüchtlings- und Migrationsbeauftragten auf dem Gebiet der Vojvodina, wurde der Fragebogen von 34 Beauftragten ausgefüllt und zurückgesandt, was 75,55% der gesamten Befragten darstellt.

Gemäß der Schätzung und der seitens der Kommissariate verfügbaren Datenbank wurden die kommunalen Selbstverwaltungen in 7 Fällen (20,6%) als Gemeinden mit einer größeren Anzahl an Rückkehrern erkannt, in 13 Fällen (38,2%) als Gemeinden mit einer geringeren Anzahl an Rückkehrern, während 14 Gemeinden (41,2%) als Gemeinden ohne Rückkehrer eingeschätzt wurden. Vergleicht man diese Resultate mit den Daten der Readmissionskanzlei am Flughafen „Nikola Tesla“, ist eine Diskrepanz erkennbar, in Anbetracht dessen, dass die Kanzlei zum Beispiel Rückkehrer verzeichnet hat, die erklärt haben, dass sie in diejenigen Gemeinden zurückkehren, aus denen wir Angaben erhalten haben, dass sie keine Rückkehrer haben. Das bedeutet, dass sich die Rückkehrer nicht oder in einem geringeren Umfang an die Flüchtlings- und Migrationsbeauftragten wenden, so dass sich die Daten der lokalen Kanzleien von der realen Anzahl der Rückkehrer auf dem Gebiet ihrer Gemeinde unterscheiden.

Auf die Frage „ob in Ihrer kommunalen Selbstverwaltung ein Migrationsrat besteht, der sich mit dem Schutz und der Reintegration der Rückkehrer auf lokaler Ebene befasst?“, erhielten wir folgende Antworten:

	Ja	Nein
Gemeinden mit einer größeren Anzahl an Rückkehrern	6 (85,7%)	1 (14,3%)
Gemeinden mit einer geringeren Anzahl an Rückkehrern	9 (69,2%)	4 (30,8%)
Gemeinden ohne Rückkehrer	7 (50%)	7 (50%)

Es ist auffällig, dass in den meisten Gemeinden zwar Migrationsräte bestehen, aber dass sich die Anzahl der über dieses Gremium verfügenden Gemeinden verringert, wenn geschätzt wird, dass die Anzahl der Rückkehrer auf dem Gebiet der kommunalen Selbstverwaltung zurückgeht. Nur in einer Gemeinde sind im Rat auch Vertreter der Rückkehrervereinigungen, beziehungsweise der Zivilorganisationen, die sich mit der Rückkehrerproblematik befassen, vertreten. Dieses Resultat bedeutet nicht zwingend, dass in den kommunalen Selbstverwaltungen Widerstand gegen die Miteinbeziehung der Vereinigungen in die Tätigkeit des Rates besteht, sondern dass in vielen Gemeinden keine Vereinigungen bestehen, die sich mit dieser Problematik befassen und dass sich die Rückkehrer nicht untereinander organisieren, um ihre Probleme zur Sprache zu bringen und an der Verwirklichung ihrer Rechte zu arbeiten.

Die nächsten zwei Fragen bezogen sich auf einen lokalen Aktionsplan und eine gesonderte Haushaltslinie für die (Re)integration der Rückkehrer:

Hat Ihre kommunale Selbstverwaltung einen lokalen Aktionsplan (LAP) zur Lösung der Rückkehrerfrage verabschiedet?

	Ja	Nein	Im Verfahren der Verabschiedung
Gemeinden mit einer größeren Anzahl an Rückkehrern	5 (71,4%)	1 (14,3%)	1 (14,3%)
Gemeinden mit einer geringeren Anzahl an Rückkehrern	6 (46,1%)	3 (23,1%)	4 (30,8%)
Gemeinden ohne Rückkehrer	5 (35,7%)	8 (57,2%)	1 (7,1%)

Besteht im Rahmen des Haushalts Ihrer kommunalen Selbstverwaltung eine Haushaltslinie oder ein gesonderter Fonds zur Unterstützung von Programmen der Reintegration von Rückkehrern?

	Ja	Nein
Gemeinden mit einer größeren Anzahl an Rückkehrern	3 (42,9%)	4 (57,1%)
Gemeinden mit einer geringeren Anzahl an Rückkehrern	5 (38,5%)	8 (61,5%)
Gemeinden ohne Rückkehrer	4 (28,6%)	10 (71,4%)

In der größten Anzahl der Gemeinden bestehen lokale Aktionspläne (am häufigsten wurden die bestehenden Aktionspläne für andere Migrationsgruppen durch die Rückkehrer ergänzt) oder sie befinden sich im Verfahren der Verabschiedung, obwohl auch hier die Tendenz besteht, dass sich die Anzahl der kommunalen Selbstverwaltungen, die über keinen verabschiedeten LAP verfügen, mit der Schätzung, dass auf dem Gebiet ihrer Gemeinde keine oder wenige Rückkehrer bestehen, steigert. Die Situation hinsichtlich der gesonderten Haushaltslinie ist etwas anders und diesbezüglich verfügt die Mehrzahl der Gemeinden über keine gesondert für die Reintegration der Rückkehrer bestimmten Mittel. Offensichtlich wirkt sich die Armut in der Gesellschaft, die sich auch auf die Haushalte der

kommunalen Selbstverwaltungen reflektiert, auch auf die Gestaltung von Programmen und die Sicherstellung von Mitteln aus, durch die die (Re)integration der Rückkehrer unterstützt werden könnte.

Im weiteren Verlauf der Mappierung hat uns interessiert, wie die Flüchtlings- und Migrationsbeauftragten ihre Zusammenarbeit mit der Readmissionskanzlei am Flughafen „Nikola Tesla“, dem Flüchtlings- und Migrationskommissariat, dem Bezirkskoordinator des Flüchtlings- und Migrationskommissariats, den Behörden der kommunalen Selbstverwaltung und den Zivilorganisationen, beziehungsweise den Rückkehrervereinigungen beurteilen. Hier werden die Antworten aus den Gemeinden mit einer größeren und geringeren Anzahl an Rückkehrern präsentiert, denn die Tatsache, dass sich die Rückkehrer an einen der lokalen Beauftragten gewandt haben, bedeutet auch, dass die lokalen Beauftragten eine der genannten Institutionen kontaktieren mussten.

Gemeinden mit einer größeren Anzahl an Rückkehrern	Gut	Schlecht	Muß verbessert werden	Ohne Kontakte
Readmissionskanzlei	3 (42,9%)	-	1 (14,2%)	3 (42,9%)
Kommissariat	7 (100%)	-	-	-
Bezirkskoordinator	7 (100%)	-	-	-
Kommunale Selbstverwaltung	6 (85,7%)	-	1 (14,3%)	-
Rückkehrervereinigungen	3 (42,9%)	-	-	4 (57,1%)

Gemeinden mit einer geringeren Anzahl an Rückkehrern	Gut	Schlecht	Muß verbessert werden	Ohne Kontakte
Readmissionskanzlei	8 (61,5%)	-	2 (15,4%)	3 (23,1%)
Kommissariat	10 (76,9%)	-	3 (23,1%)	-
Bezirkskoordinator	11 (84,6%)	-	2 (15,4%)	-
Kommunale Selbstverwaltung	11 (84,6%)	-	2 (15,4%)	-
Rückkehrervereinigungen	5 (38,5%)	-	5 (38,5%)	3 (23%)

Aus den gewonnenen Resultaten ist ersichtlich, dass die Zusammenarbeit mit den relevanten Institutionen gut ist, während die Zusammenarbeit mit den Zivilorganisationen entweder erst entwickelt oder zusätzlich gefördert werden muss.

Uns hat zusätzlich interessiert, ob in denjenigen Gemeinden, in denen Rückkehrer bei den Flüchtlings- und Migrationsbeauftragten verzeichnet sind, Programme zur (Re)integration dieser Menschen bestehen. Wir haben vier Dienstleistungen hervorgehoben: (1) Leistungen des unentgeltlichen Rechtsbeistands und der Informationsvermittlung, (2) Zusatzunterricht der serbischen

Sprache für die Rückkehrerkinder, (3) Beschäftigungsprogramme – zusätzliche Trainings, Umschulungen, öffentliche Tätigkeiten (beziehungsweise, sollten diese Programme bestehen, ob die Rückkehrer als besonders empfindliche Gruppe erkannt wurden) und (4) der Unterbringungsprogramme für die Rückkehrer – Ankauf von Häusern auf dem Dorf, Programme sozialer Wohnungsvermittlung, Regelung des rechtlichen Status unerschlossener Siedlungen und Ausbau der grundlegenden Infrastruktur. Für uns waren nicht nur Informationen darüber wichtig, ob derartige Programme bestehen, sondern auch ob die Beauftragten über Informationen zu diesen Programme verfügen oder es notwendig ist, die Koordination der lokalen Akteure zu verbessern, um die Informationen über bestehende Programme allen zugänglich zu machen, damit sie nicht isoliert implementiert werden.

Gemeinden mit einer größeren Anzahl an Rückkehrern	Ja	Nein	Weiß ich nicht
Unentgeltlicher Rechtsbeistand	6 (85,7%)	-	1 (14,3%)
Zusatzunterricht der serbischen Sprache	2 (28,6%)	2 (28,6%)	3 (42,8%)
Beschäftigungsprogramme	2 (28,6%)	2 (28,6%)	3 (42,8%)
Unterbringung	5 (71,4%)	1 (14,3%)	1 (14,3%)

Gemeinden mit einer geringeren Anzahl an Rückkehrern	Ja	Nein	Weiß ich nicht
Unentgeltlicher Rechtsbeistand	11 (84,6%)	1 (7,7%)	1 (7,7%)
Zusatzunterricht der serbischen Sprache	2 (15,4%)	2 (15,4%)	9 (69,2%)
Beschäftigungsprogramme	2 (15,4%)	3 (23,1%)	8 (61,5%)
Unterbringung	5 (38,5%)	7 (53,8%)	1 (7,7%)

Die Resultate zeigen, dass den Beauftragten zeitweise nicht bekannt ist, ob den Rückkehrern eine der Dienstleistungen zur Verfügung steht, und deshalb ist es wichtig, dass eine gute Kommunikation zwischen allen lokalen Akteuren auf lokaler Ebene besteht, damit die Informationen über die verfügbaren Programme allen bekannt sind.

Am Ende haben wir die Beauftragten gefragt, ob ihrer Schätzung nach die Beschäftigten in ihrer kommunalen Selbstverwaltung zusätzliche Unterstützung in der Stärkung ihrer personellen und technischen Kapazitäten zur Lösung der Rckkehrerprobleme benötigen. In den meisten Fällen waren sie der Ansicht, dass eine zusätzliche Unterstützung notwendig ist.

Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung der lokalen Ressourcen und Dienstleistungen

Nach der Mappierung der Ressourcen und Dienstleistungen im Verlauf der Monate Februar und März fanden vier runde Tische statt: in Beočin (am 25. Februar), in Zrenjanin (am 21. März), in Novi Sad (am 27. März) und in Novi Bečej (am 28. März). Bei den runden Tischen waren die lokalen Flüchtlings- und Migrationsbeauftragten, Vertreter der Gemeindeverwaltungen, der Polizeiverwaltungen, der Zentren für soziale Arbeit, der Vorschuleinrichtungen, der Gemeindeorganisationen des Roten Kreuzes, pädagogische Assistenten, Gesundheitsmediatoren und Vertreter der Zivilorganisationen anwesend.

Die runden Tische haben Gelegenheit geboten, die Resultate der Mappierung vorzustellen, gegenseitig Informationen über Programme auszutauschen, die auf lokaler Ebene realisiert werden, wie auch auf die Probleme und Hindernisse bei der Reintegration der Rückkehrer hinzuweisen und Maßnahmen zu deren Überwindung vorzuschlagen.

Die lokalen Aktionspläne zur Lösung der Rückkehrerprobleme stellen einen bedeutenden ersten Schritt in der Absicht der kommunalen Selbstverwaltungen dar, die Rückkehrer bei ihrer (Re)integration zu unterstützen. Um eine erfolgreiche Implementierung der in den lokalen Aktionsplänen vorgeschlagenen Maßnahmen zu ermöglichen, ist es notwendig, auch die benötigten Haushaltsmittel sicherzustellen. Zudem ist es wichtig, die Tätigkeit aller Akteure, die die Rückkehrer unterstützen, zu koordinieren. Auf diese Weise kann die Überlappung der den Rückkehrern verfügbaren Programme vermieden, aber auch eine gleichmäßigere Verteilung der Unterstützung ermöglicht werden. Untrennbar davon ist auch die

Bedeutung der Aufklärung der Rückkehrer über die ihnen auf lokaler Ebene verfügbaren Ressourcen und Dienstleistungen. Die Rückkehrer sind häufig nicht über die Dienstleistungen, die ihnen angeboten werden, informiert oder sie haben Vorurteile gegenüber bestimmten Teilen des Systems.

Den größten Anteil der Rückkehrer machen Angehörige der Romagemeinschaft aus. Da die Roma zu einer der empfindlichsten Gruppen in unserer Gesellschaft gehören, ist es notwendig, den Programmen, die die Verbesserung ihrer materiellen Lage fördern (wirtschaftliche Gründe sind die häufigsten Gründe für die Migration ins Ausland) besondere Aufmerksamkeit zu schenken und die Wohnverhältnisse in den Romasiedlungen zu verbessern (vor allem den rechtlichen Status der Siedlungen zu regeln und die grundlegende Infrastruktur auszubauen).

Es ist auch wichtig, dass sich die Rückkehrer ihrer Rechte bewusst werden und wissen, wie sie sich bezüglich des Verfahrens der Verwirklichung dieser Rechte aktivieren können. Die Rückkehrer sind nicht miteinander vernetzt und es fehlt ihnen ein soziales Netzwerk, das die Verbesserung ihrer Stellung fördern könnte. Es darf auch die Einstellung der mehrheitlichen Gemeinschaft nicht vernachlässigt werden, die häufig durch Vorurteile den Rückkehrern (und der Romagemeinschaft generell) gegenüber bestimmt ist, und es notwendig, kontinuierlich an der Verringerung dieses Problems zu arbeiten, denn es stellt ein Hindernis in der erfolgreichen Verwirklichung der (Re)integration der Rückkehrer dar.

Die Mappierung der lokalen Ressourcen und Dienstleistungen, wie auch die Gespräche mit den lokalen Akteuren haben zu einer Reihe von Empfehlungen geführt. Wir sind der Ansicht, dass es

sehr wichtig ist, diese Empfehlungen bei der Planung zukünftiger Programme auf lokaler Ebene zur Förderung der erfolgreichen (Re)integration der Rückkehrer zu berücksichtigen.

- 1. Verabschiedung lokaler Aktionspläne zur Lösung der Frage der Rückkehrer aufgrund des Readmissionsabkommens in allen kommunalen Selbstverwaltungen, die das noch nicht getan haben und Sicherstellung von Haushaltsmitteln für die Realisierung der in diesen Plänen vorgeschlagenen Maßnahmen.**
- 2. Sicherstellung eines ungestörten Informationsflusses, um die Koordination aller lokalen Akteure, die an der Unterstützung der (Re)integration der Rückkehrer in ihre lokale Umgebung beteiligt sind, zu ermöglichen.**
- 3. Aufklärung der Rückkehrer aufgrund des Readmissionsabkommens über die Ressourcen und Dienstleistungen, die ihnen in der lokalen Gemeinschaft zur Verfügung stehen.**
- 4. Anerkennung der Rückkehrer aufgrund des Readmissionsabkommens als empfindlicher Gruppe in den Programmen zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Stellung.**
- 5. Arbeit an der Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Romasiedlungen.**
- 6. Unterstützung der Rückkehrer aufgrund des Readmissionsabkommens bei der gegenseitigen Vernetzung, um auf diese Weise ihre Bedürfnisse und Probleme, mit denen sie alltäglich konfrontiert werden, erfolgreicher zur Sprache zu bringen.**

7. Aufklärung der allgemeinen Bevölkerung über die Probleme und Hindernisse, mit denen die Rückkehrer aufgrund des Readmissionsabkommens konfrontiert werden und somit Verringerung der in der lokalen Gemeinschaft bestehenden Vorteile.